

## Der weite Sprung

Für viele Flüchtlinge endet der Weg nach Europa in der Ukraine. Seite 3



## Charisma wie Indira

Indira Ghandis Enkelin Priyanka macht Furore im Wahlkampf. Seite 8

Fotos: AFP/Punit Paranjpe (links), akg-images (rechts)

## Ein Scheinphilosoph?

Selbstzeugnis: Martin Heideggers Antisemitismus. Seite 16

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 2. Mai 2014

69. Jahrgang/Nr. 101

Bundesausgabe 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

## STANDPUNKT Haustürgeschäft

Uwe Kalbe über Merkels Reise und Snowdens Reiseverbot

Nicht gleich mit der Tür ins Haus zu fallen, will man der Kanzlerin bei ihrem Washingtonbesuch zugestehen. Es ist womöglich sogar akzeptabel, wenn Angela Merkel – anders als bei Begegnungen mit russischen oder chinesischen Staatslenkern – Barack Obama eine harsche Kritik an reichlich vorhandenen Defiziten des Gastgeberlandes ersparen will. Doch wieso will sie ihm ersparen, mit den Interessen der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert zu werden?

Entweder handelt es sich um eine überraschende Scheu, oder es wird höchste Zeit, dass Merkel ihren Bürgern erklärt, was unter den außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik in Wahrheit zu verstehen ist. Wenn nicht der Schutz ihrer Daten, der Schutz davor, ausspioniert zu werden, man könnte es in einem Lieblingswort der CDU zusammenfassen: der Schutz ihrer Freiheit damit gemeint sein sollte. Neben dieser ist den Bürgern nur noch der Schutz ihrer sozialen Rechte und ihrer Sicherheit vor Gewalt, erst recht vor Krieg, ähnlich wichtig.

Längst ist deutlich, dass es zwischen den Interessen der USA und Deutschlands zu unterscheiden gilt. Das Weiße Haus jedenfalls tut es. Die Kanzlerin hingegen liefert ihm die Interessen der Bürger ihres Landes aus. Und so ist auch die Absage an eine Einreise Edward Snowdens letztlich zu verstehen – als Drohung, ihn anderenfalls auszuliefern, ihn jedenfalls nicht schützen zu wollen. Mit der Tür ins Haus fallen, nein. Aber zu etwas mehr als einem Haustürgeschäft sollte Merkel schon aufgebrochen sein.

## UNTEN LINKS

Manche **Kriegsspiele** kennt man schon: Fähnchenstecken auf Landkarten, das Ratespiel »Wahnsinn oder Wahrheit?« oder Dartpfeilwurf auf Andersdenkende. Renner aber ist das Sammeln von Kumpel-Bildern. Wiederkehrendes Motiv: Demokrat lässt sich mit Diktator erwischen. Wie beim Quartett gibt es einen Schwarzen Peter, anders als beim Quartett erkennt man ihn erst zum Schluss. Dann wird eine der Figuren auf dem Bild zum Diktator erklärt. Rumsfeld klopfte Saddam auf die Schulter, Berlusconi und Gaddafi zusammen im Harem, Erdogan und Assad rauchen die Wasserpfeife – wo ist der Schwarze Peter? Sobald das klar ist, muss der Demokrat schleunigst die Freundschaft beenden und dies mit Bombardements des Ex-Freundes signalisieren. Neueste Runde: Schröder feiert mit Putin Geburtstag. Wer ist der Schwarze Peter? Da plötzlich taucht ein Dritter auf: Philipp Mißfelder. Noch wird das entlarvende Foto gesucht, aber vermutlich ist es schon jetzt erledigt. *uka*

## Nelken und Tränen zum 1. Mai

Erdogan machte Istanbul zur Bürgerkriegszone / 400 000 bei DGB-Veranstaltungen



Wasserwerfereinsatz am Taksim-Platz in Istanbul

Foto: AFP/Bülent Kilic

Berlin. Ein Bild mit Symbolkraft: Die Staatsmacht muss ihr Terrorarsenal an Tränengas und Wasserwerfern aufbieten, um im türkischen Istanbul Maidemonstranten den Weg abzuschneiden. Tausende von ihnen wollten während der größten Maidemonstration des Landes – im Gegensatz zur knüppelbewehrten und maskierten Polizei – mit friedlichen Mitteln zum symbolträchtigen Taksim-Platz im Zentrum der türkischen Metropole marschieren. Doch die »Ordnungshüter« waren angewiesen, dies unter allen Umständen zu verhindern. In der Umgebung des Platzes kam es deshalb zu schweren Zusammenstößen. Nach

Angaben der Anwaltsvereinigung CHD wurden 50 Demonstranten verletzt. Auf Fernsehbildern waren auch verletzte Polizisten zu sehen. Die CHD teilte weiter mit, in Istanbul seien rund 170 und in der Hauptstadt Ankara 76 Demonstranten festgenommen worden.

Die Polizei hatte den Taksim-Platz und den angrenzenden Gezi-Park, die im Vorjahr Schauplatz der bisher mächtigsten und andauerndsten Protestaktionen gegen den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan waren, zur bürgerkriegsähnlichen Zone werden lassen. Zufahrtsstraßen waren laut dpa bereits in der Nacht zum Donnerstag mit

Absperrgittern abgeriegelt worden. Erdogan hatte im März aus dem guten Abschneiden seiner Partei bei den Kommunalwahlen die uneingeschränkte Zustimmung zu seiner Politik überhaupt herausgelesen. Dieser 1. Mai zeigte, dass es da wohl noch eine andere Wahrheit gibt.

In Deutschland gingen nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes mehr als 400 000 Menschen für mehr soziale Gerechtigkeit auf die Straße. Tausende Demonstranten stellten sich zudem in verschiedenen deutschen Städten Naziaufmärschen in den Weg. *roe*

Seiten 2, 5 und 11

## Merkels Feigheit vor dem Freund

Kanzlerin lehnte vor USA-Besuch Befragung des Whistleblowers Snowden ab / Opposition will klagen

Angela Merkel besucht Barack Obama. Vier Stunden hat der US-Präsident für die Kanzlerin Zeit. Es geht um Ukraine und Freihandel, nicht um NSA. Das Thema Snowden wurde entschärft.

Von René Heilig

Die Bundesregierung verhindert mit einer Stellungnahme für den NSA-Untersuchungsausschuss dessen ordnungsgemäße Arbeit. Denn in einem vorab bekannt gewordenen Veto gegen das Parlamentarierverfahren schließt die Regierung die Vernehmung des Whistleblowers Edward Snowden in Deutschland aus. Der einstige NSA-Geheimdienstmitarbeiter Snowden hatte durch die Veröffentlichung zahlreicher Dokumente den vermutlich größten Spionagefall der Neuzeit öffentlich gemacht, der sich auch direkt gegen die Bürger der Bundesrepublik, einschließlich Kanzlerin Angela Merkel, richtet.

Als Begründung wird das »Staatswohl« angeführt. Eine Vernehmung des von den USA mit internationalem Haftbefehl Gesuchten könnte zu »schweren und dauerhaften Belastungen« in den Beziehungen zu den USA führen, die von wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitisch herausragender Bedeutung seien.

Die Parteichefin der Grünen, Simone Peter, meinte, »Merkel zeigt Feigheit vor dem Freund USA«. Wenn die 27-seitige Ablehnung am heutigen Freitag dem NSA-Untersuchungsausschuss offiziell zugestellt wird, ist die Kanzlerin bereits in den USA.

Der Zusammenhang mit der Weigerung, Snowden einreisen zu lassen, ist unübersehbar – »ein unglaublicher Vorgang«, sagt die Bundestagsinnenexpertin Martina Renner im Namen der Linksfraktion, die Renner zur Obfrau im Untersuchungsausschuss gemacht hat. Seit Wochen hatte nicht nur sie das Gefühl, dass alle Manöver

im Untersuchungsausschuss – vom Rücktritt des ersten Vorsitzenden Clemens Binninger (CDU) bis zu Verfahrenstricks in der letzten Sitzung – unweigerlich auf ein Nein

»Ich bin gerne bereit, vor dem Ausschuss auszusagen und knüpfe dies grundsätzlich an keine Bedingungen.«

Edward Snowden

zur Vernehmung Snowdens in Berlin zusteueren. Renner betont: »Grundrechtsschutz steht über vermeintlichen Staatswohlinteressen, die sich am Ende ja doch nur als Staatsräson entpuppen werden.« Die Linksfraktion bleibe deshalb dabei: »Wir wollen Edward Snowden in Berlin hören, willkommen, geschützt und frei.«

## 17 Milliarden des IWF für die Ukraine

Föderalisten rückten im Osten vor  
Armee in »voller Kampfbereitschaft«

Kiew. Die vom Staatsbankrott bedrohte Ukraine kann mit 17 Milliarden US-Dollar an Krediten rechnen, die der Verwaltungsrat des Internationalen Währungsfonds (IWF) am Mittwoch für einen Zeitraum von zwei Jahren zusagte. Eine erste Tranche von 3,2 Milliarden Dollar soll umgehend ausgezahlt werden. »Dringendes Handeln war notwendig«, sagte IWF-Chefin Christine Lagarde.

Die Hilflosigkeit der Staatsmacht gegenüber den im Osten des Landes vorrückenden föderalistischen Kräften räumte Übergangspräsident Alexander Turtschinow ein. So stürmten in der Millionenstadt Donezk Hunderte Aktivisten ein Justizgebäude und zwangen die Sicherheitskräfte zum Abzug. Turtschinow warnte zudem vor einer russischen Invasion. Die ukrainische Armee sei in »volle Kampfbereitschaft« versetzt worden. Russlands Militärattaché wurde unter dem Vorwurf der Spionage ausgewiesen.

Trotz einiger Hoffnungszeichen gab es bis Donnerstagabend keine Freilassung der Militärbeobachter aus OSZE-Staaten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bat Russlands Präsidenten Wladimir Putin um Unterstützung. Dieser meinte laut dem Kreml im Telefonat mit Merkel, dass die Militäreinheiten aus dem Südosten der Ukraine abgezogen und ein breiter nationaler Dialog aufgenommen werden sollte, an dem »alle Regionen und politischen Kräfte« beteiligt seien. *Agenturen/nd*

Seiten 4 und 7

## Abschiebungshaft rechtswidrig

EU-Generalanwalt hält deutsche Praxis für nicht EU-rechtskonform

Luxemburg. In ihrer derzeitigen Form ist die Abschiebungshaft in Deutschland nicht mit EU-Recht vereinbar. So heißt es in einem Rechtsgutachten, das der EU-Generalanwalt Yves Bot am Mittwoch in Luxemburg vorstellte. Bot rügt, dass Abschiebehäftlinge in neun Bundesländern in gewöhnlichen Gefängnissen untergebracht werden. Laut EU-Richtlinie seien die Mitgliedsstaaten jedoch verpflichtet, »Zwangmaßnahmen von möglichst geringer Intensität einzusetzen« und ausreisepflichtige Migranten, wenn überhaupt, in speziellen Einrichtungen zu inhaftieren, unterstreicht Bot.

Der EuGH war vom deutschen Bundesgerichtshof und vom Landgericht München I angerufen worden. Das laufende EU-Verfahren hatte in Deutschland bereits Konsequenzen: Das Landgericht Kassel hatte vor zwei Wochen wegen der unsicheren Rechtslage den Vollzug von Abschiebungshaft in einem Frankfurter Gefängnis ausgesetzt.

Unterdessen haben am Donnerstag erneut Hunderte afrikanische Flüchtlinge versucht, in die spanische Exklave Melilla zu stürmen. Wie die Stadt mitteilte, gelangten 140 Afrikaner von Marokko aus auf spanisches Gebiet. Etwa 800 Menschen versuchten an zwei verschiedenen Stellen, die Grenzanlagen zu überwinden. 2014 gab es bereits mehr als 15 größere Versuche, die Grenzanlagen zu überwinden. *Agenturen/nd*

Seiten 3 und 6

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Aktivisten mit Nachwuchs  
Wie Eltern politisches Engagement und Familie vereinbaren.

Emir auf Höhenflug  
Air Berlin in heftigen Turbulenzen

Widerstand gegen Preußen  
Breslauer Maiaufstand von 1849

ISSN 0323-3375

